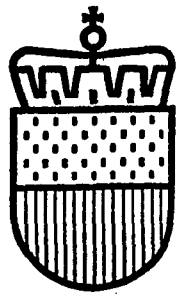


Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 27.—, halbjährlich sFr. 14.—, vierteljährlich sFr. 7.50 — Vorarlberg jährlich öS 270.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 72.—, übriges Ausland jährlich sFr. 45.—, halbjährlich sFr. 23.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St. Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 119, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 16 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 20 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 21 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 119, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Dienstag/Mittwoch, 2./3. Februar 1971

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

104. Jahrgang — Nr. 16

Tribüne der freien Meinung

Konzerte: Vorsichtiger sein

Durch bewundernswert gezielte Propaganda wurde unser Konzertpublikum auf den Klavierabend mit dem «grossen Pianisten» Gyula Vaczi aufmerksam gemacht, der in Vaduz einen Beethovenabend gab. Laut Konzertbesprechung im «Volksblatt» durfte man mit dem Gebotenen auch zufrieden sein (Beethoven lebte...). Als kritischer Konzertbesucher war ich von den recht mageren Darbietungen des Herrn Vaczi als Beethoven-Interpret mehr als enttäuscht. Der Künstler wurde weder dem Programm noch den Ankündigungen auch nur entfernt gerecht. Man sollte in Liechtenstein mit der Wahl von Musikern vorsichtiger sein, nachdem auch unser Publikum zwischen guter und mittelmässiger Leistung unterscheiden kann. (Be)

Eigenheim heruntergetan

In der «Tribüne» vom Samstag stört sich ein Einsender daran, dass die «Reinpost» den zurückgetretenen Regierungsrat Büchel als einen der profiliertesten Politiker bezeichnete. Ich glaube, dass uns das eher gleichgültig sein kann, als die Tatsache, dass das Schweizer Inseratenblatt in der gleichen Ausgabe die liechtensteinische Eigenheimpolitik herabsetzt und sie als «Bumerang» bezeichnete. Ein paar Hundert Eigenheimbesitzer aller politischen Färbungen werden sich zu bedanken wissen. (HB)

Feiertage: Willkommener Unterbruch

In Ihrer Zeitung in der Spalte «Tribüne der freien Meinung» vom 28. Januar plädiert (BR) für die Abschaffung der Feiertage, dafür eine Woche Ferien mehr. Ich wäre eher für die Regelung wie sie in mehreren Betrieben bereits besteht und zwar täglich etwa eine Viertelstunde länger arbeiten und dafür Montag und Freitag ebenfalls frei, wenn ein Feiertag auf einen Dienstag oder Donnerstag fällt. Die Viertelstunde länger arbeiten stört niemand, hingegen freut sich jedermann über ein verlängertes Wochenende. Ich glaube, darin sind sich viele mit mir einig, dass der Mensch schon reichlich genug ein Sklave der Arbeit und der Gewohnheit ist und dass eine kleine Unterbrechung nicht schaden kann.

Das Abschaffen der Feiertage hat wohl für die Industrie-Finanzbosse einen Vorteil — für das arbeitende Volk aber einen um so grösseren Nachteil. Erstens weil die zusätzliche Woche Ferien bei jeder Gelegenheit als Gnadenakt der Industrie in den Vordergrund gestellt würde beim Einstellen der Arbeiter oder beim «Drücken» der Löhne. Zweitens weil dem Arbeiter dadurch 5 mal 4 Tage wohlverdiente Entspannung und Erholung verloren gehen. Im übrigen bin ich der Auffassung, dass der monotone Montag-Freitag-Montag-Takt ruhig mehrere Male unterbrochen werden darf, nicht nur einmal im Jahr, bei den von den Betrieben festgesetzten Betriebsferien. Ich vermute einen Gegner der Feiertage eher unter den Profit-Genies als unter dem arbeitenden Volk.

Ich glaube nicht, dass wir Arbeitnehmer schon so sehr abgestumpft sind, dass wir vom Staat garantierte Freizeit gegen die Willkür der Industrie, der wir sowieso schon zu sehr ausgeliefert sind, eintauschen werden. Etwas, das man sicher hat, gibt man nicht gerne her. Im übrigen wären vier Wochen Ferien nicht etwa zuviel oder gar neu, sondern etwas, das es anderswo schon längst gibt. (MA)

Was heisst Koalition für die Presse?

Soll unserer Zeitung unter Berufung auf die Regierungskoalition das Recht für Kritik genommen werden?

Bedeutet die Zusammenarbeit von zwei Parteien in der Regierung, dass die Meinungen aller Regierungsmitglieder dann gleichgeschaltet werden? Bedeutet es darüber hinaus, dass die Landtagsfraktion der Minderheitspartei nur noch bestätigen darf, was die Mehrheitspartei bereits beschlossen hat? Heisst Regierungskoalition sogar, dass die der anderen Partei nahestehende Zeitung (in unserem Falle das «Liechtensteiner Volksblatt») auf Regierungskurs umfunktioniert und mit einem Maulkorb ausgerüstet werden soll?

Berechtigte Fragen

Verfolgt man das Organ der derzeitigen Mehrheitspartei, so begegnet man in jüngster Zeit immer wieder dem Vorwurf, die FBP treibe «seit einem Jahr eine verkappte, aber harte Opposition» statt der gewünschten Partnerschaft. Mitunter heisst es sogar, die FBP-Regierungsmitglieder seien nur zur Repräsentation an Parteiversammlungen gut. Mit solchen Argumenten versucht das Union-Organ insbesondere zu kritischen, innenpolitischen Betrachtungen unserer Zeitung Stellung zu nehmen, als ob das «Volksblatt» von den FBP-Mandatären in Regierung und Landtag gemacht würde, statt von seinen Redaktoren.

Die eingangs erwähnten Fragen, ob Koalition auch Gleichschaltung der Presse bedeute, ist um so berechtigter, als man weder den Bürgerpartei-Vertretern der Regierung, noch jenen

im Landtag den Vorwurf mangelnder Mitarbeit machen kann.

Mitarbeit im Landtag...

Eine ganze Reihe wesentlicher, politischer Postulate wurden im ersten Arbeitsjahr des Landtages von der FBP-Fraktion angeregt oder formuliert eingebracht. Denken wir hier nur an die Fragen der Rentenerhöhungen, an die Verbesserung der Familienzulagen, an die Einführung des Blindengeldes und die Forderung nach erhöhten Subventionen für die Abwasseranlieferung. Mit Ausnahme des letzten Punktes fanden die genannten Anregungen und Vorarbeiten der FBP-Fraktion auch die Zustimmung der Mehrheitsfraktion, die damit die bürgerparteilichen Postulate anerkannte und ihnen die notwendige Stimmenmehrheit im Landtag brachte.

... und in der Regierung

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Walter Kieber informierte die liechtensteinische Presse vor kurzem über ein umfangreiches Arbeitsprogramm, das er in seinen Ressorts bereits in Angriff genommen habe. Fragen des Gewässerschutz, des Fremdenverkehrs, der Rechtsreform, Reorganisation des Rettungswesens und der medizinischen Betreuung und eine Reihe weiterer, wichtiger Arbeitsbereiche präsentierte er in Form eines kontrollierbaren Arbeitsprogrammes und rief die Öffentlichkeit auf, die Verwirklichung der gestellten Aufgaben sozusagen als Vernehmlassungsforum zu verfolgen

und Stellung zu den geplanten Verbesserungen zu nehmen. Dr. Kieber hat damit bewiesen, dass er sein Amt keineswegs als Repräsentationsposten ansieht, sondern gezielte Arbeit leisten will. Das gleiche gilt für den nebenamtlichen Ressortchef Landwirtschaft, William Hoop, der an einer neuen Konzeption zur Verbesserung der Situation unseres Bauernstandes arbeitet.

Wir haben keine Koalition mit der Union

Wenn das Mehrheitsorgan sich über mangelnde Solidarität des Koalitionspartners beklagt, so kann bestenfalls noch das «Liechtensteiner Volksblatt» gemeint sein. Wir von der Zeitung aber haben keine Koalition mit der Vaterländischen Union und sehen darum auch nicht ein, dass wir uns zum Haus- und Hoforgan der Regierung machen lassen müssen.

Dass das «Liechtensteiner Volksblatt» der Fortschrittlichen Bürgerpartei nahesteht und sich zu deren Sprachorgan gemacht hat, heisst noch lange nicht, dass wir deshalb an Koalitionspapieren gebunden sind und der notwendigen, öffentlichen Kritik entsagen müssen. Wir sind es unseren Lesern und der Öffentlichkeit schuldig, die Entwicklung des politischen Lebens in Liechtenstein aufmerksam zu verfolgen und immer dann unsere kritische Stimme zu erheben, wenn wir meinen, dass es notwendig und berechtigt ist. Das hat mit der Regierungskoalition ebensowenig zu tun, wie mit der Tatsache, dass wir der FBP gesinnungsmässig nahestehen.

Hätten wir etwa schweigen sollen...

Hätten wir etwa schweigen sollen, als die Möglichkeit zur Durchführung von Rad-Weltmeisterschaften in Ruggell wegen der sich abzeichnenden Finanzkrise des Staates vertan wurden? Müssten wir schweigen, wenn die Strompreise erhöht werden und zwischen den Zeilen bereits von einer Erhöhung der Hypothekenzinsen die Rede ist. Hätten wir verschweigen sollen, dass die Landesbank den höchsten Preis für ein Grundstück zahlte, der je in Vaduz entrichtet wurde? Hätten wir es verschweigen müssen, dass die neue Ausländerregelung den «Grossen» voraussichtlich mehr nützen wird als den Kleinen. Hätten wir verschweigen sollen, dass sehr wahrscheinlich ein Arbeitsjahr im Kultursektor (mit Sport und Stipendien) vertan ist, weil es sich ein VU-Regierungsrat schon nach neun Monaten anders überlegt und zurücktritt? Hätten wir darüber schweigen sollen, dass das Strassenbaubudget für das laufende Jahr kleiner als früher ist und eine Reihe von Projekten, die bereits für 1970 programmiert waren, einfach unter den Tisch gewischt wurden? Hätten wir es verschweigen sollen, dass die VU ihre Regierungsmehrheit mit frei verfügbaren Reserven von über 10 Mio Franken angetreten hat und schon nach einigen Monaten Regierungsverantwortung ein Defizit von mehr als 10 Mio Franken und die Wahrscheinlichkeit der Aufnahme von staatlichen Anleihen ankündigt?

Natürlich wären wir dann bequemer

Natürlich wäre das «Liechtensteiner Volksblatt» für die Regierungsmehrheit bequemer, wenn wir der Öffentlichkeit all diese Dinge unterschlagen oder nach der offiziellen Sprachregelung der Regierung unter das Volk gebracht hätten. Wir meinen aber, dass es vollständig ausreicht, wenn eine Zeitung im Lande so tun muss, als wäre unsere Regierungsmehrheit fehlerlos. Wir aber lassen uns unseren Mund nicht verbinden und werden uns auch in Zukunft immer dann zu Wort melden, wenn wir meinen, dass es das öffentliche Interesse erfordert.

Haschisch und Diebstahl

Erfolgreiche Polizeiaktion gegen eine Gruppe Jugendlicher

(Mitg.) In den Morgenstunden des 9. Dezember 1970 wurden bei einer vorbereiteten Polizeiaktion in verschiedenen Gemeinden des Unterlandes sieben Burschen im Alter von 17 bis 20 Jahren wegen dringenden Verdachtes von Zuwiderhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel festgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass die Burschen seit längerer Zeit gelegentlich Haschisch konsumiert hatten und bereits zu der weit gefährlicheren Droge LSD übergegangen waren. Bei Hausdurchsuchungen konnten dann solche sichergestellt werden.

Die Betäubungsmittel waren grösstenteils aus Zürich bezogen worden und die Burschen hatten sich auch im sogenannten Lindenhofbunker, von welchem in letzter Zeit vielfach die Rede war, aufgehalten. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich wurden in Zürich drei der Drogenlieferanten festgenommen. Weiter erfolgte am 18. Dezember 1970 um Mitternacht

in Nendeln die Festnahme von zwei Burschen aus Buchs/SG, die in kleinem Umfang ebenfalls Drogen nach Liechtenstein geliefert hatten.

Im Verlaufe der weiteren Ermittlungen wurde festgestellt, dass einige der wegen Rauschgift festgenommenen Burschen auch für Eigentumsdelikte in Frage kamen. Diesbezüglich wurden vier weitere Burschen in die Ermittlungen einbezogen. Insgesamt konnten ihnen vierzig Diebstähle, davon sechs in Verbrechenhöhe, nachgewiesen werden. Die Diebstähle wurden hauptsächlich aus parkierten Autos und aus Warenhäusern in der Schweiz begangen.

Der Konsum der LSD-Droge scheint im Anfangsstadium entdeckt worden zu sein, so dass grössere gesundheitliche Schäden vermieden wurden. Entscheidend haben hierzu vertrauliche Hinweise eines Cafébesitzers beigetragen. Dies teilte die Pressestelle der Regierung am Montag offiziell mit.

Ausländer: Neue Statistik

Ende Juli 1970: Schweizer an der Spitze der neu zugezogenen Ausländer

Gemäss einem Regierungsauftrag ist die Ausländerstatistik ab 1970 jährlich zweimal zu erstellen und zwar nach dem Stand Ende August und Ende Dezember, Höchst- und Tiefststand. Die Sommererhebung wurde bereits in den Jahren 1963—1967 durchgeführt, Stichtag Ende Juli. Die August-Statistik 1970 liegt nun vor:

Bei der liechtensteinischen Fremdenpolizei waren am 31. August 1970 3590 Jahresaufenthalter, davon 1144 mit Familienbewilligung, 699 Saisonarbeiter und 3025 Personen mit Niederlassungsbewilligung registriert, davon 2329 mit Familienbewilligung. In 4904 Bewilligungen sind 7314 Personen eingeschlossen. Von den Bewilligungen sind 1063 Einzel- und 3841 Familienbewilligungen. 2333 Personen sind Schweizer Bürger, 1883 Oesterreicher, 1166 Deutsche, 1283 Italiener, 217 Spanier, 72 Griechen, 108 Jugoslawen und 252 haben eine andere Staatsangehörigkeit.

In den ersten acht Monaten ist an 1480 Personen erstmalige Aufenthaltsbewilligung erteilt worden, davon sind 679 oder 45,9 Prozent Saisonarbeiter. Nach der Staatszugehörigkeit sind 824 oder 55,7 Prozent Schweizer, an zweiter

Stelle ist Oesterreich mit 824 Personen oder 16,8 Prozent.

Von 2504 erwerbstätigen Jahresaufhaltern sind 30,4 Prozent weniger als vier Jahre in Liechtenstein wohnhaft, 10,0 Prozent fünf Jahre, 2,8 Prozent 6—7 Jahre und 6,8 Prozent 8 Jahre und länger. Von den erwerbstätigen Jahresaufhaltern sind 60,7 Prozent männlichen Geschlechts und 71,1 Prozent ledigen Standes.

Neue Niederlassungsbewilligungen sind nach dem Augustbestand an 14 Personen erteilt worden, an 8 Personen in Vaduz, an 4 in Triesen und je eine Person in Schaan und Eschen.

Die ausländische Wohnbevölkerung, ohne Saisonarbeiter, betrug Ende August 1970 total 6615 Personen. Hiervon hatten 27,6 Prozent Wohnsitz in Vaduz, 23,3 Prozent in Schaan, 12,5 Prozent in Triesen, 10,2 Prozent in Balzers, 9,2 Prozent in Eschen, 8,1 Prozent in Mauren, 3,9 Prozent in Triesenberg und die restlichen 5,2 Prozent in den anderen Gemeinden. 2333 Personen sind in der Schweiz heimatberechtigt, das sind 35,3 Prozent, 1821 oder 27,5 Prozent in Oesterreich, 1162 oder 17,6 Prozent in Deutschland, 705 ist gleich 10,7 Prozent in Italien, 163

(Fortsetzung auf Seite 3)

**Privatkonto plus SWISS CHEQUE führen zur**
Verwaltungs- und Privat-Bank AG Vaduz

**OMEGA**
bei
huber
Uhren-Bijouterie-Optik
Vaduz und Schaan